



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 690

P/X/117 - 23.5.1955

## Abgesandter des Franco-Regimes

sp - In dieser Woche bereist ein hoher Gast aus Spanien, José Solís, Präsident der spanischen Syndikate, die Bundesrepublik. Offizielle Besuche und Empfänge wechseln mit der Besichtigung von großen Industriewerken und sozialen Einrichtungen ab. Das Bulletin der Bundesregierung hat einen ausführlichen Willkommensgruß veröffentlicht, in der "Kölnischen Rundschau" fand sich eine Würdigung des spanischen Spitzenfunktionärs aus der Feder von Hermann Ehren, M.d.B., einem führenden Mann der katholischen Arbeiterbewegung.

Offenbar ist aber auch Herrn Ehren bei diesem Gruß an den "guten Freund aus Spanien" nicht ganz wohl gewesen. Denn er versieht ihn mit einigen vorsichtigen Vorbehalten, u.a. dem, dass, "um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, die spanischen Syndikate und ihre Organisationsform kein Schulbeispiel für Deutschland darstellen sollen."

Das sollten sie wirklich nicht. Denn diese spanischen Syndikate sind alles andere als Gewerkschaften im freiheitlich demokratischen Sinne. Sie sind nichts anderes als ein ausführendes Organ des faschistischen Franco-Regimes, das über die Zerstörung der freien spanischen Arbeiterbewegung zur Macht gekommen ist. Zu Tausenden füllen heute noch spanische Sozialisten und Gewerkschafter die Gefängnisse des Landes. Zwar hat Franco in den letzten Jahren mit wechselndem Erfolg versucht, außenpolitisch wieder Anschluss an die großen westlichen Demokratien zu finden, und es gab auch genügend Wegbereiter, die ihm die Türen öffneten, die keinen Anstoß an den Terror nahmen, den Franco im Innern des Landes, 16 Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges, noch immer aufrechterhalten muß, wenn er sich selbst und sein Regime an der Macht erhalten will.

Die freie Gewerkschaftsinternationale, die gegenwärtig in Wien tagt und 54 Mill. Arbeiter in der ganzen Welt vertritt, lehnt jede Beziehung zu den spanischen Staatsgewerkschaften ab. Wenn in dem schon erwähnten Begrüßungsartikel des Abgeordneten Ehren versichert wird, die Masse der spanischen Arbeiter sehe "ohne Unterschied der politischen Auffassung" in den Syndikaten ihre echte Interessenvertretung, so ist das eine hohle Redensart, die peinlich an den Sprachgebrauch erinnert, der auch einmal in Deutschland üblich war und der niemanden überzeugen konnte.

Außerlich gesehen mag es ein Zufall sein, dass dieser Besuch in eine Zeit verstärkter Bemühungen gewisser hoher kirchlicher Stellen um die Spaltung des DGB und die Errichtung von sogenannten christlichen Gewerkschaften fällt. Aber der innere Zusammenhang ist unverkennbar. Die freien deutschen Gewerkschaften haben alle Ursache, diesen Besuch aus dem Spanien Francos mit Wachsamkeit und Mißtrauen zu betrachten.

\* \* \*

## Wahlschlacht ohne Höhepunkte

E.A. London

Man hat diesen Wahlkampf den ruhigsten der britischen Geschichte genannt. Er brachte keine Überraschungen. Die Wählerschaft blieb phlegmatisch. Niemand kann jedoch voraussagen, ob nicht Fernsehen und Rundfunk, die beide eine grössere Rolle als zuvor gespielt haben, die Wähler in ihren Wohnungen aus der anscheinenden Teilnahmslosigkeit aufgeschreckt haben. Darüber wird uns erst die Wahlbeteiligung belehren.

Im "canvassing", der Haus-zu-Haus-Propaganda, hat Labour in den letzten Tagen etwas aufgeholt. Während die Tories bei und nach der Ankündigung der Wahlen den grösseren Offensivgeist zeigten, ist Labour jetzt auf drei Gebieten zum Angriff übergegangen. Bei der Diskussion um Lebenshaltungskosten, Wasserstoffbombe und Dauer der Dienstpflicht wurden die Tories in die Defensive gedrängt.

### Gestiegene Lebenshaltungskosten

Das durchschlagende Argument bei der Diskussion der Lebenshaltungskosten besteht in dem Hinweis auf die internationale Preisentwicklung. Gewiss, die Lebenshaltungskosten stiegen zur Zeit der Labourregierung auch, am stärksten im letzten Jahr der Attlee-Regierung. Das war unter dem Einfluss der Koreakrise. Aber sie waren in England langsamer gestiegen, als in den meisten anderen Ländern. Unter der Toryregierung aber stiegen sie in England stärker als in irgend einem anderen Lande. Grund dafür war die unter Bruch ihres Wahlversprechens von den Konservativen durchgeführte Kürzung der Lebensmittelsubsidien, die Aufgabe der staatlichen Bauscheinkäufe und ihre "freisetzende" Wirtschaftspolitik, die dem Hinaufschnellen der Preise keine Schranken setzte.

### Der Alpdruck der Wasserstoffbombe

In der Frage der Wasserstoffbombe hat Labour die vor allem den Frauen und Müttern mehr zusagende Linie. Labour verlangt, die Test-Explosionen sollen als erste Massnahme zur internationalen Ächtung der Massenvernichtungswaffen unter gegenseitiger Verständigung sofort eingestellt werden. Weltberühmte Wissenschaftler haben, ähnlich wie die Labourparty, vor den unbekanntem Gefahren gewarnt, die Radioaktivität durch weitere Explosionen zu vergrössern. Die Tories haben diese Forderung als ein Wahlmanöver bezeichnet und sagen, Grossbritannien muss, wie ja auch Attlee zugibt, die Wasserstoffbombe produzieren. Wie aber kann man sie herstellen, ohne auch ihre Wirksamkeit zu prüfen? Die Tatsache, dass innerhalb der Labourparty eine eifrige Diskussion um das Gesamtproblem im Gange ist, zeigt doch auch, dass Labour wenigstens versucht, den Ernst des Problems zu erkennen und zu meistern. Bei den Konservativen gibt es nur ein schafsgeduldiges Hinnehmen der Erklärungen ihrer Führerschaft.

### Militärdienstzeit

Als Attlee von der Möglichkeit gesprochen hatte, die Militärdienstpflicht in Grossbritannien herabzusetzen, sprangen Eden und

denn auch Churchill vor Empörung in die Höhe. Wie könne man in diesem Augenblick, wo man vor den so überaus entscheidenden Spitzenverhandlungen mit den Sowjets stehe, auch nur daran denken, von einer Verkürzung der Dienstpflicht zu reden. Es gab aber eine Zeit, wo Churchill die Labourregierung heftig angriff, weil sie die Demobilisierung und allgemeine Abrüstung nicht schnell genug durchführe. Er hatte sogar vorgeschlagen, dass man die Polenarmee des Generals Andres nach Deutschland als Besatzungstruppen schicken sollte, um die englischen Jungen aus Deutschland nach Hause bringen und demobilisieren zu können. Daran denkt wohl jetzt niemand mehr. Grossbritannien ist das einzige NATO-Mitglied in Europa, das seine jungen Männer zwei Jahre unter den Fahnen hält. Und Churchills Hinweis, dass die Sowjetunion einen Teil ihrer Streitkräfte drei und vier Jahre dienen lasse, ist auch kein durchschlagendes Argument. Schliesslich dienen ja in England die "Regulars" - die Berufssoldaten, die fast die Hälfte der stehenden Armee ausmachen, - zehn und fünfzehn Jahre.

Merkwürdigerweise zeigt sich jedoch die junge Wählerschaft am wenigsten am Wahlausgang interessiert. Zum Teil natürlich, weil die jungen Leute eine lange Periode konservativer Regierung - wie in den stagnierenden dreissiger Jahren - nicht gekannt haben.

#### Unruhe in den Betrieben

Dunkle Vorboten, für das, was eine verlängerte Periode Toryherrschaft dem Lande bringen würde, sind die in letzter Zeit ungewöhnlich häufigen Lohnkonflikte. Eine ganze Reihe von Arbeiterkategorien rebelliert gegen die hohen Gewinne, die, wie die Bilanzen zeigen, von Tag zu Tag anschwellen, während der Anteil der Arbeiterschaft am Nationalprodukt nicht mitsteigt. Es scheint, als ob die politische Apathie von einem industriellen Kampfegeist aufgewogen wird. Solange Konjunktur und Vollbeschäftigung anhalten, haben solche Aktionen auch Aussicht auf rascher Erfolg, den man sich von einer politischen Änderung doch nur in langsamer Entwicklung versprechen könnte.

Im Zentralamt der Konservativen befürchtet man auch noch eine andere deutlich vorhandene Unterströmung. Viele noch unentschiedene Wähler werden sich hüten, die konservativen Kräfte zu stärken, aus Furcht, dass bei einem überwältigenden konservativen Siege jene Kräfte in der Partei wieder die Oberhand behalten, die für das wirtschaftliche Chaos in England in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen verantwortlich waren. Diese Befürchtungen mögen noch durch die Resignation Churchills bestärkt worden sein. Er galt niemals als ein "echter" Tory, da er in seiner Jugend zusammen mit Lloyd George die Toryreaktion erbittert bekämpft hatte. Anthony Eden, der Nachfolger, kann sich keiner solchen Vergangenheit rühmen, nach Herkunft, Erziehung und Haltung ist er ein echter Tory.

Falls daher am 26. Mai das englische Volk den Konservativen eine Mehrheit schenkt, dann doch mit starken Vorbehalten, - und in der Hoffnung, dass die Mehrheit nicht gross genug sein wird, um echte Torypolitik durchführen zu können.

23.5.1955

Der ungeduldige Erzbischof

-dt, Hannover

Noch ehe die neue niedersächsische Regierung sich vorgestellt hat, liegen ihr bereits die Wünsche des katholischen Klerus auf eine Abänderung des Schulgesetzes vor. Der Erzbischof von Osnabrück forderte auf einer Wallfahrt bei Osnabrück die neue Regierung auf, das Schulgesetz nicht in der Form zu verwirklichen<sup>en</sup>, wie es beschlossen worden war.

Diese Forderung wird der vorgesehene Kultusminister, der FDP-Abgeordnete Schlüter, zusammen mit der Konkordatsklage der Bonner Regierung als erstes auf seinem Schreibtisch vorfinden. Gegen einen Kultusminister Schlüter ist vieles einzuwenden - erst vor wenigen Tagen hat eine Abordnung von Göttinger Hochschulprofessoren vergeblich bei Dehler gegen die Ernennung Schlüters vorgesprochen - in der Frage des Schulgesetzes wird er aber im neuen Kabinett nicht anders stimmen können als im alten Landtag. FDP und BHE, beide am eingeklagten Schulgesetz "mitschuldig", sind in der Koalition unentbehrlich und können daher ihren damaligen Standpunkt auch heute behaupten.

Konkordatsklage - Politikum, nicht Rechtsstreit

Der von Bonn aus der Taufe gehobenen niedersächsischen Regierung fällt somit die Aufgabe zu, in Karlsruhe zu beweisen, "dass die Bundesregierung auch nicht auf dem Umweg über das Klageverfahren vor dem Bundesgericht vermeintliche Rechte des Heiligen Stuhls, die diesen im Prozessweg geltend zu machen verwehrt sind, durchsetzen kann." Dieser Satz findet sich in der umfangreichen Klagebeantwortung, die die Regierung Kopf vor wenigen Tagen nach Karlsruhe geschickt hat. Er deutet an, was bisher nicht ausgesprochen wurde: dass die Konkordatsklage weitaus stärker ein Politikum denn ein Rechtsstreit ist. Zwei Merkmale bekräftigen das: obwohl das Schulgesetz bereits seit dem 14.9.1954 gültiges Recht ist, wurde die Klage erst Mitte März, also mitten im niedersächsischen Wahlkampf eingebracht, und obwohl vor Niedersachsen sieben andere Bundesländer ähnliche Schulgesetze erlassen hatten, das Reichskonkordat also laufend seit 1949 "verletzt" wurde, erwachte die Bundesregierung erst beim achten Land, beim sozialdemokratisch regierten Niedersachsen, aus dem Konkordatschlaf. Selbst die Regierung von Düsseldorf, für Bonn sicherlich "unverdächtiger" als die Regierung von Hannover, hat seit Jahren Minderheitslehren an katholischen Schulen eingeführt, an denen laut Konkordat nur katholische Lehrer unterrichten

sollten.

Die Bundesregierung hat, ohne die Länder zu befragen, die Gültigkeit des Konkordats bestätigt. Schulfragen - und sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Konkordats - gehören aber laut Grundgesetz eindeutig zur Kompetenz der Länder. Mit ihrer Klage hat somit die Bundesregierung in ein Wespennest gestochen. Sie wird auf die Dauer nicht nur mit sozialdemokratisch geführten Länderregierungen in Konflikt geraten, wenn sie so verfährt wie jetzt. Es sei denn, dass man das Grundgesetz oder das Reichskonkordat ändert, oder dass der Vatikan gehalten wird, in Schulfragen direkt mit den Ländern zu verhandeln.

Indessen würde im Fall Niedersachsen die Kurie in die gleichen Schwierigkeiten geraten, wenn sie so argumentierte wie die Bundesregierung. Einer der Hauptpunkte der Klage ist der Artikel 23 des Konkordats, der die Beibehaltung und Neuerrichtung von katholischen Bekenntnisschulen regelt. Das Konkordat ist in Anlehnung an die Weimarer Verfassung entstanden, die in Artikel 146 die Gemeinschaftsschule als Regelschule vorsah, Näheres sollte das (nie zustandekommene) Reichsschulgesetz regeln. Als Kriterium für die Errichtung anderer als Gemeinschaftsschulen war der Begriff "geordneter Schulbetrieb" genommen worden. An der Auslegung dieses Begriffes sind damals alle Bemühungen um das Reichsschulgesetz gescheitert, er ist bis heute noch nicht präzisiert worden. Demnach fehlt der Bundesregierung jede Rechtsgrundlage, gegen die Messzahlen des niedersächsischen Schulgesetzes Sturm zu laufen, die absichtlich höher gehalten wurden, damit aus pädagogischen Gründen Zwergschulen vermieden werden können. Bei der ebenfalls angegriffenen Bestimmung aber, dass die einzige Schule im Bereich eines Schulträgers de jure eine Gemeinschaftsschule sein soll, kann sich die niedersächsische Regierung allein auf drei Artikel des Grundgesetzes berufen.

47 katholische Lehrer mehr

Steht somit die Sache des heiligen Stuhls, bzw. der Bundesregierung, juristisch auf recht schwachen Füßen, so sehen die Dinge noch ganz anders aus, wenn man die Praxis betrachtet. Bei einem Gesamtlehrerbestand von 17200 im Bereich des niedersächsischen Schulgesetzes müssen jetzt 58 katholische Lehrer ihren Platz ebensovielen nicht-katholischen Lehrern abtreten, davon 19 im Landesteil Braunschweig,

der bisher Bekenntnisschulen überhaupt nicht gekannt hat. Andererseits treten 103 katholische Lehrer (davon 73 in Braunschweig) an die Stelle von ebensovielen nichtkatholischen Lehrern; es wird somit im ganzen Lande insgesamt 47 katholische Lehrer mehr geben als bisher. Nur in acht oder neun Orten werden je zwei unterschiedliche Schulen zu einer (Gemeinschafts-) Schule zusammengelegt.

Die Bundesregierung hat sich nach diesen Dingen in Hannover nicht erkundigt, ehe sie Karlsruhe anrief. Sie spricht, ohne eine Quelle zu nennen, vom "Untergang von 320 katholischen Bekenntnisschulen". Die Bedenkenlosigkeit, die sich hier in der Beurteilung der praktischen Fragen um das Schulgesetz äußert, harmonisiert durchaus mit der juristischen Bewertung. Es ist selten soviel Lärm um Nichts erhoben worden. Dem Frieden innerhalb der neuen Koalition dürfte es jedenfalls kaum zuträglich sein, wenn bei der Ouvertüre zum Regierungswechsel ein Erzbischof den Taktstock schwingt.

\* \* \*

#### Der Wehrdienst der FDJ

OB. Zu Pfingsten wird die FDJ in Erfurt ihr sogenanntes V. Parlament abhalten. Aufgabe dieser Konferenz wird es sein, die "Verfassung" der Staatsjugend auf die Erfordernisse der Militarisierung umzustellen, die jetzt in der Zone in ihr entscheidendes Stadium getreten ist. Offenbar will sich die FDJ eine Handhabe schaffen, ihre Mitglieder durch einen "Verbandsauftrag" in die Reihen der KVP zu schicken, wie das in jüngster Zeit bereits bei der SED üblich ist. Der Entwurf der revidierten FDJ-Verfassung jedenfalls kann gar nicht anders interpretiert werden, wenn er von den Verbandsmitgliedern verlangt, sie müßten jederzeit und auf Anweisung der Leitungen für den "Schutz der Heimat" und die Verteidigung des "Arbeiter- und Bauernstaates" zur Verfügung stehen.

Die Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen der sowjetzonalen Staatsjugend haben weitere Beweise dafür erbracht, dass die FDJ künftig nicht nur die "Reserve der Partei", sondern auch Reserve und Vorhut der bewaffneten Streitkräfte Ulbrichts sein soll. Anlässlich der Bezirksdelegiertenkonferenzen, die zur Zeit abgeschlossen werden, entsenden die einzelnen FDJ-Organisationen bereits ihre Aufgebote in die Zonenwehrmacht. Der Stadtverband Schwerin schickte am vergangenen Sonntag 60 Mitglieder zum "Ehrendienst" in die KVP, während es in Neubrandenburg 40 FDJ'ler waren, die in einer Feierstunde verabschiedet wurden.

Trotz der hierbei von Funktionärsaufgeboten vorgetäuschten "Massenbegeisterung" besteht kein Zweifel, dass sich die Zonenjugend gegen diese Wehrpflicht auf kaltem Weg verzweifelt wehrt. Zur gleichen Zeit, in der die Zeitungen von einer "Verteidigungsbegeisterung der Jugend im Zeichen des V. Parlaments" schreiben, haben das ZK der SED und der Zentralrat der FDJ Direktiven herausgegeben, um den mehr und mehr um sich greifenden "Pazifismus" zu bekämpfen und durch Druckmittel niederzuhalten.

\* \* \*  
Verantwortlich: Peter Raunau